



**Rede von
Guido van den Berg MdL**

zum:

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014**

(Haushaltsgesetz 2014)

**Einzelplan 14
des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie,
Mittelstand und Handwerk
- Teilbereich Energie -**

**am Mittwoch, 28. November 2013
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(in APr 44/36)**

www.guido-vandenberg.de

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege van den Berg.

Guido van den Berg (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kufen, ich finde es schön, zu sehen, wie Lernkurven sich vollziehen. Vor einem knappen Monat, am 31. Oktober 2013, haben wir im Wirtschaftsausschuss in einer Sondersitzung zusammengesessen. Ich erkenne deutlich an, dass sich seitdem einiges getan hat, was den Erkenntnisprozess angeht. Sie sagen jetzt, das Wichtigste sei, endlich Planbarkeit herzustellen. Wir wissen genau, wie oft wir dies eingefordert haben. Ich bin jetzt anderthalb Jahre in diesem Landtag und kann nur deutlich sagen: Das war das Leitmotiv. Wir haben ganz lange gefordert, dass endlich Verlässlichkeit und Planbarkeit in die Energiepolitik hineinkommen. Jetzt geht es los – und jetzt fangen Sie an, das zu loben. Das ist wunderbar. Vielen Dank dafür!

(Beifall von der SPD –

Thomas Kufen [CDU]: Deshalb stimmen Sie mit Ja! –

Josef Hovenjürgen [CDU]: Sehr gut!)

Ich will einmal die Parteipolitik beiseitelassen. Das Interessante ist ja, jetzt wirklich einmal zu gucken: Gibt es ein stimmiges Konzept zwischen dem, was wir in der Energiepolitik hier in Nordrhein-Westfalen aufgesetzt haben, und dem, was jetzt in Berlin verhandelt worden ist?

Als ich das entsprechende Kapitel des Koalitionsvertrages aufschlug, war ich ganz begeistert; denn direkt in den ersten Zeilen heißt es, dass Klimaschutz ein Fortschrittmotor sein soll. Auch das ist eine Vokabel, die hier lange von verschiedenen Seiten bekämpft worden ist. Das ist jetzt offenbar auch Konsens geworden, Herr Kufen. Ich halte das für einen guten Fortschritt.

Dann liest man weiter und stößt darauf, dass der Bund auch einen Klimaschutzplan anstrebt. Der Bund sagt:

„In Deutschland wollen wir die weiteren Reduktionsschritte ... festschreiben und in einem breiten Dialogprozess mit Maßnahmen unterlegen ...“

Herr Kufen, auch das eine gute Lernkurve. Da sind wir uns einig, denke ich.

Gehen wir dann weiter in die Tiefe und schauen uns die Ausbaukorridore für die erneuerbaren Energien an. Auch dort passen die Dinge, die wir in NRW festlegt haben – 30 % bis 2025 –, und das, was im Bund jetzt formuliert worden ist, gut zusammen. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene heißt es:

„Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien erfolgt in einem gesetzlich festgelegten Ausbaukorridor: 40 bis 45 Prozent im Jahre 2025, 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035.“

Das bringt Planbarkeit in die Geschichte hinein. Es macht auch deutlich, dass wir noch sehr lange auf der Strecke Residuallasten brauchen. Das heißt, dass wir konventionelle Kraftwerke für die Zeiten benötigen, in denen der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.

Das steht auch nicht im Widerspruch zu dem, was wir in Nordrhein-Westfalen festgelegt haben; denn schaue ich in den NRW-Koalitionsvertrag, finde ich dort auf Seite 42 den wichtigen Satz:

„Kohlekraftwerke werden noch für eine längere Zeit einen Beitrag zur Strom- und Wärmeversorgung leisten.“

Die Aufgabe ist jetzt, den Energy-only-Markt für die konventionellen Energien mit einem dann reformierten EEG zusammenzubringen. Ich glaube, dass die Möglichkeiten dafür nicht schlecht stehen und wir dort auf einem guten Weg sind.

Der Koalitionsvertrag zeigt auch, dass wir kein Carbon Leakage wollen, also keinen Export von Umweltlasten in andere Länder. Vielmehr möchten wir, dass das EEG europarechtskonform reformiert wird, dass danach auch Ausnahmen für Unternehmen definiert werden, die im internationalen Wettbewerb stehen, und dass der europäische Zertifikatshandel für Treibhausgase geregelt wird, sodass Anreize für Investitionen möglich sind und innovative, klimaschonende Technologien gefördert werden.

Meine Damen und Herren, da liegt viel vor uns. Wir brauchen Infrastrukturplanung und einen Ausbau der Netze. Das Thema „Direktvermarktung“ wird jetzt angegangen. Die Systemverantwortung der Erneuerbaren wird definiert. Das alles erfolgt Schritt für Schritt und aufeinander aufbauend. Ich halte es für das Entscheidende, dass wir dadurch jetzt Investitionssicherheit, die lange weg war, in das System hineinbringen.

Ich fand es vorhin schon ein bisschen lustig, wie die FDP sich an dieser Stelle positioniert. Sie muss ja ihre Rolle als neue APO jetzt ein bisschen über NRW suchen. Eines ist aber ganz sicher, Kollege Bombis: Die Amnesie, die Sie in der Energiepolitik hatten, führt nicht zur Amnestie. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit im Blick haben. Wir wissen, dass NRW vor allen Dingen ein energieintensiver Standort ist – auch auf der Abnehmerseite. Allein die drei Bayer-Werke in Nordrhein-Westfalen benötigen 3 Milliarden kWh Strom. Das entspricht der Menge von Köln, Düsseldorf und Essen zusammen, meine Damen und Herren. Hier müssen wir eine Verantwortung erfüllen.

Ich habe jüngst bei einem Besuch des Kunststofffaserherstellers Dralon in Dormagen gelernt: Wenn dort nur eine Millisekunde der Strom ausfällt, stehen die ganzen Anlagen mindestens zwölf bis 14 Arbeitstage still, was zu Millionenschäden führt, weil alles gereinigt werden muss. Es ist wichtig, dort Verlässlichkeit hineinzubringen. Dazu haben wir jetzt die große Chance.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Guido van den Berg (SPD): So ist es. Ich glaube aber, dass ein letzter Satz an dieser Stelle gestattet sein muss. – Der Einzelplan 14 bietet eine große Chance, weil er deutlich macht, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine Blaupause dafür haben, wie wir Klimaschutz als Fortschrittsmotor begreifen und wie wir ein gleichseitiges Dreieck

aus Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimafreundlichkeit in der Energiepolitik bearbeiten können. Das machen wir, meine Damen und Herren. Damit geht es jetzt los. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. Sie haben Ihre Redezeit deutlich überschritten, nämlich um eine Minute. Gestatten Sie auch, dass der Präsident darauf hinweist. Die Fraktionen haben untereinander die Vereinbarung getroffen, dass wir uns ein bisschen daran halten. Deswegen bitte ich um Verständnis. Wenn Sie dann sagen: „So ist es“, dann ist das natürlich so, aber löst das Problem nicht. Vielen Dank für Ihren Beitrag. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Brockes.